



15. Oktober 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 2017 hat die Europäische Union eine „soziale Säule“ – auf dem Papier. In der Praxis sind die meisten der 20 Grundsätze der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) noch nicht umgesetzt worden. Doch wie können aus grundlegenden Prinzipien konkrete, einklagbare Rechte werden? Diese Frage stellt die Kommission derzeit allen Europäerinnen und Europäern im Rahmen einer öffentlichen **Konsultation**. Auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften beteiligen sich an der Befragung und bringen ihre Forderungen für ein „Soziales Europa“ ein.

Eines der Themen, auf das es bei der Umsetzung der ESSR ankommt, sind die Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Europa. Hier haben Kommission und Rat – unter den Augen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – einen enttäuschenden Vorschlag zum Ausbau der 2013 geschaffenen Ausbildungs- und Jobgarantie für Jugendliche unterbreitet. Warum die **„verstärkte“ Jugendgarantie** ihren Namen nicht verdient, erklären Joscha Wagner, Vize-Präsident der europäischen Gewerkschaftsjugend, und Lukas Hochscheidt (DGB).

Eine angenehme Lektüre wünscht
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender



Gute Jobs statt „verlorener Generation“ – Wo bleibt die „verstärkte“ Jugendgarantie?



DGB/Katarzyna Bialasiewicz/123rf.com

Der Vorschlag der EU-Kommission zur „verstärkten“ Jugendgarantie war von Anfang an unambitioniert. Auch der Rat der EU konnte sich nicht zu einem verbindlichen Qualitätsrahmen durchringen. Die europäischen Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen führen ihren Kampf für ein ernsthaftes Angebot an junge Menschen in Europa fort – und für Qualitätsstandards für das Beschäftigungsprogramm.



[zum Beitrag](#)

Ein sozialeres Europa – aber wie?



DGB/lightwise/123RF.com

Noch bis Ende November ruft die Europäische Kommission die EU-Bürger*innen und die organisierte Zivilgesellschaft dazu auf, sich in einer öffentlichen Konsultation zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte zu äußern. Ein komplexes Unterfangen: Es geht um nichts Geringeres als die Übersetzung grundlegender Prinzipien in konkrete, durchsetzbare soziale Rechte für die Europäerinnen und Europäer.



[zum Beitrag](#)

Impressum

Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand
Europa und Internationales
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324
E-Mail: internationales (at) dgb.de

Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales